



STADT WIESLOCH

FB 5 / FG 5.2 / Hochbau-Tiefbau-Liegenschaften
5.2 / Frau Taskiran Tel.: 84-288
FB 3 / FG 3.2 / Straßenverkehr
3.2 / Herr Morlock Tel.: 84-303

Vorlage Nr.	213/2019
-------------	----------

Aktenzeichen:	112.3910
---------------	----------

4

Tagesordnungspunkt:

Antrag Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler vom 26.09.2019; Abschnitt "Untere Hauptstraße für den Radverkehr öffnen" und "Sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in der Innenstadt"

Beratungsfolge:

Gemeinderat

13.11.2019 öffentlich

Vorangegangene Beratungen:

Ausschuss für Technik und Umwelt

11.09.2019

Vorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung:

- 1.) den Abschnitt „Untere Hauptstraße“ für den Radverkehr zu öffnen und
- 2.) die Parkhausumfrage-Rückläufer auszuwerten und in Abhängigkeit dessen sichere Standorte als Abstellmöglichkeiten für Fahrräder/E-Bikes und Lastenräder in den vorhandenen Parkhäusern im Innenstadtbereich konkret zu prüfen.

Bürgerinformation/Bürgerbeteiligung:

Ja

In Form von:

Presseveröffentlichung

Ausführliche Informationen auf der Internetseite (Pläne/Hintergrundwissen etc.)

Information an Anwohner/Anwohnerinnen bzw. Betroffenen

Info-Veranstaltung

Bürgerbeteiligung durch:

Parkhausumfrage durch VCD Rhein-Neckar-Kreis

Nein

Begründung:

INSEK-Maßnahme:

Ja Nein

Finanzierung: im Haushalt 2019 stehen noch 77.188,44 € zur Verfügung. Im Haushalt 2020 sind 100.000€ eingeplant.

Begründung:

Mit Schreiben vom 16.09.2019 beantragen die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler:

- 1.) Der Abschnitt der Fußgängerzone „Untere Hauptstraße“ wird als Nord-Süd-Verbindung für den Radverkehr uneingeschränkt geöffnet.
- 2.) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sichere Abstellmöglichkeiten für umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Fahrräder/E-Bikes und Lastenräder sowie Car-Sharing-Stellplätze und E-Mobil-Ladestationen in den vorhandenen Parkhäusern im Innenstadtbereich zu prüfen und die Ergebnisse dem Gemeinderat vorzulegen.

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:




- 1.) Aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht kann die Fußgängerzone im Bereich der „Unteren Hauptstraße“ zwischen der Ringstraße und der Gerbersruhstraße für den Radverkehr zeitlich unbeschränkt freigegeben werden.
- 2.) Die Stadt Wiesloch möchte den Radverkehr fördern. Gerade in der Altstadt gibt es aber nur wenige Möglichkeiten, Fahrräder/E-Bikes, Lastenräder etc. sicher und witterungsgeschützt abzustellen. Die Stadtverwaltung möchte daher in der Wieslocher Altstadt sichere und überdachte Radabstellmöglichkeiten für Dauernutzer/-innen einrichten. Um den konkreten Bedarf abschätzen zu können, führte *Move – die Ortsgruppe Wiesloch des VCD Rhein-Neckar eV.* eine Umfrage durch. Die Umfragekarten wurden an alle Privathaushalte und Arbeitgeber in der Altstadt verteilt. Insgesamt wurden 29 (von 1000) Antwortkarten zurückgegeben. Davon waren 22 verwertbar ausgefüllt, der Rest fragwürdig oder nur mit Kommentar versehen. Der rückgemeldete Bedarf liegt bei 30 Abstellplätzen.

Folgende Standorte kommen für die Verwaltung in Betracht:

- Ärztehaus 2 (Hesselgasse)
- Tiefgarage Rathaus, Marktstraße 13
- Tiefgarage Marktstraße 11
- Adenauer Tiefgarage
- Palatin Tiefgarage

Diese genannten Unterbringungsmöglichkeiten werden im Einzelnen geprüft. Die Verwaltung kann sich auch vorstellen, eventuell an 2 verschiedenen Standorten die Fahrradabstellanlagen zu errichten. Diese Analyse wird in Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde erfolgen, da für diese Fahrradanlagen Parkplätze im Bestand umgewidmet werden müssen.

Die Kosten für die gesamte Maßnahme werden je nach Standort und Aufwand noch genau zusammengestellt. Die Ergebnisse werden dem Gemeinderat spätestens in den nächsten Sitzungsrunden vorgetragen.

Sachbearbeitende Fachgruppe:	3.2	Handzeichen:		Datum:	30.10.2019
Mitzeichnung durch FB:		Handzeichen:		Datum:	
Zustimmung Gleichstellungsstelle:		Handzeichen:		Datum:	31.10.19
Zustimmung BM:		Handzeichen:		Datum:	
Zustimmung OB:		Handzeichen:		Datum:	30.10.19

Herrn Oberbürgermeister
Dirk Elkemann
Marktstraße 13
69168 Wiesloch

Wiesloch, den 28.09.19

**Öffnung Untere Hauptstraße für den Fahrradverkehr
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen
Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler**

Sehr geehrter Herr Elkemann,

hiermit reiche ich im Namen der Fraktionen folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat ein.

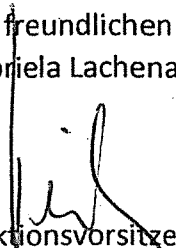
ANTRAG

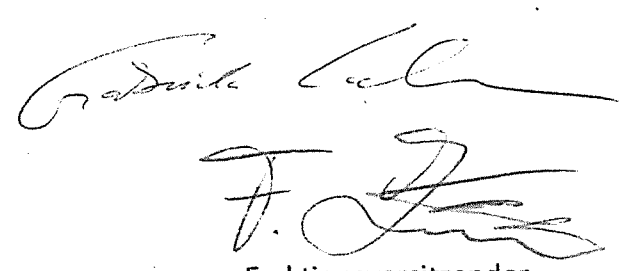
Der Gemeinderat beschließt:

1. Den Abschnitt der Fußgängerzone „ Untere Hauptstraße“ wird als Nord-Süd-Verbindung für den Radverkehr uneingeschränkt geöffnet.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sichere Abstellmöglichkeiten für umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Fahrräder/E-Bikes und Lastenräder, sowie Car-Sharing-Stellplätze und E-Mobil-Ladestationen, in den vorhandenen Parkhäusern im Innenstadtbereich zu prüfen und die Ergebnisse dem Gemeinderat vorzulegen.

Ich darf Sie bitten, den Antrag auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Gemeinderatssitzung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Gabriela Lachenauer

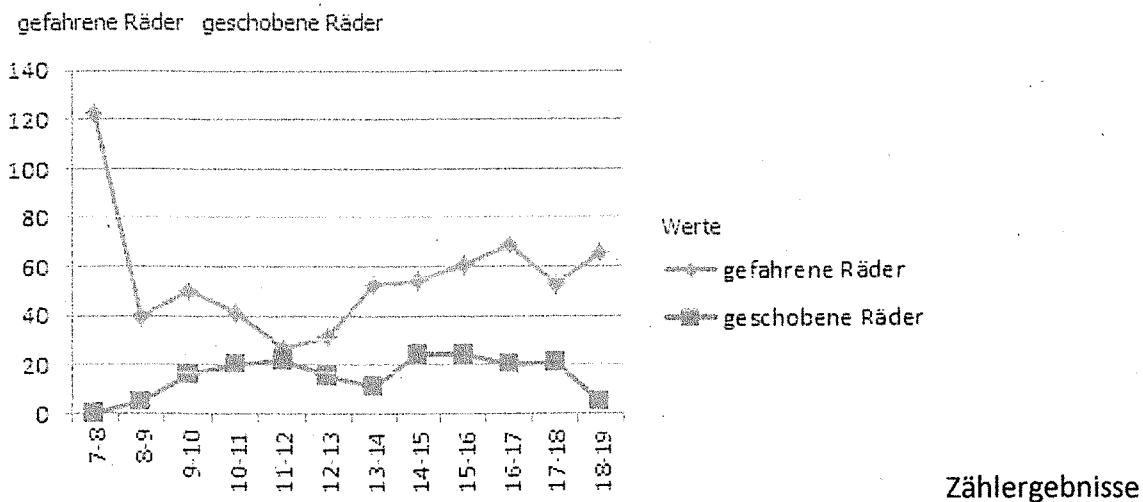

Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen


Fraktionsvorsitzender
Freie Wähler

BEGRÜNDUNG :

1. In seiner Sitzung vom 20.6.2018 hat der Gemeinderat beschlossen, das Radfahren in der Fußgängerzone Untere Hauptstraße morgens bis 11:00 Uhr freizugeben. Die Regelung besteht nun fast ein Jahr und hat zu keinerlei uns bekannten Problemen, Gefährdungen etc. geführt. Dies entspricht den jahrelangen positiven Erfahrungen aus der Oberen Hauptstraße, wo ebenfalls zwischen Woolworth und Hesselgasse das Radfahren erlaubt ist. **Es gibt daher keinen nachvollziehbaren Grund, das Radfahren am Nachmittag weiterhin aus der Unteren Hauptstraße auszuschließen.**
2. Die „**move-Radgruppe**“ hat in der Zwischenzeit eine von ihr durchgeführte Zählung, Beobachtung und Stellungnahme vorgelegt. Sie belegt einerseits die immense Bedeutung dieser Nord-Süd-Verbindung, ist ein weiteres Indiz wie unproblematisch das Nebeneinander von Fußgängern und Radfahrern in der Praxis ist und weist darauf hin, wie realitätsfern die jetzige Regelung ist.

Die Untere Hauptstraße (Fußgängerzone) zwischen Leimbach und Friedrichstraße wird ungeachtet des bestehenden Durchfahrtsverbots ganztägig als Radverkehrsverbindung genutzt. Das ergab eine durch die **move**-Radgruppe durchgeführte Zählung.



An einem normalen Werktag Ende Mai wurden dabei alle in diesem Abschnitt fahrenden und geschobenen Fahrräder erfasst. Innerhalb von 12 Stunden (7 bis 19 Uhr) wurden 669 fahrende (plus 183 geschobene) Räder gezählt, davon 415 fahrende in der „verbotenen“ Zeit nach 11 Uhr.

Überraschende Erkenntnis: Der (fahrende) Radverkehr war mit ca. 50 Rädern pro Stunde fast den ganzen Tag gleich stark, nur zum Schulbeginn gegen 7.30 Uhr waren deutlich mehr, um die Mittagszeit gegen 12 Uhr spürbar weniger Räder unterwegs. Auch in der letzten Zählstunde von 18 bis 19 Uhr ließ der Strom der Fahrräder nicht nach. Damit ist dieser Streckenabschnitt eine Hauptradverkehrsverbindung. (Zum Vergleich: Für die aktuell diskutierten Radschnellverbindungen gelten 2.000 potentielle Radbewegungen pro Tag als Mindestgröße für einen Ausbau.)

In der Zählung wurde nicht unterschieden zwischen Durchfahrenden und solchen Personen, die nur gezielt in die Fußgängerzone hinein oder nur hinaus fahren. Der Durchgangsverkehr überwog aber mit einem geschätzten Anteil von 80%.

Das Miteinander von Fußgängern und Radfahrern blieb übrigens zumindest an diesem Tag weitgehend konfliktfrei – die meisten Radfahrerinnen und Radfahrer zeigten sich rücksichtsvoll.

Die *move*-Radgruppe plädiert dafür, diesen Abschnitt der Fußgängerzone für Fahrräder freizugeben. Die anliegenden Geschäftsinhaber dürften wissen, dass auch durchfahrende Radfahrer/-innen potentielle „Lauf“-Kundschaft sind. Und echte Rowdies lassen sich durch ein Fahrverbot eh nicht abschrecken.

3. Weniger Städtischer Autoverkehr gelingt nur, wenn für CO2 neutralen Verkehr attraktive Angebote geschaffen werden. Wer vorbildlich CO2 neutral mit dem Fahrrad, dem E-Bike, dem Lastenrad usw. zur Arbeit, zum Arztbesuch und oder zum Einkauf in die Stadt kommt, dem soll für sein umweltfreundliches Verkehrsmittel eine sichere Abstellmöglichkeit in den Parkhäusern der Innenstadt zur Verfügung gestellt werden.